

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.  
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 60 Pf., monatlich 55 Pf., Einzelne Nr. 10 Pf., Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärtig 15 Pf.

Filialen: in Altkadibaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwerkler Fr. Herrn Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenchursdorf bei Herrn H. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dabler; in Wolkensburg bei Herrn Herrn. Wildenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Verantwortlicher Hr. 9.

Amtsblatt für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lunzenau, Dichtenstein-Callenberg und in den Ortspfanden der nachstehenden Landessamtsbezirke:

Altkadibaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Oelsnitz i. C., Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 51.

Samstag, den 1. März

1908.

Witterungsbericht, aufgenommen am 29. Februar, Nachm. 8 Uhr.

Barometerstand 748 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 4° C. (Morgens 8 Uhr + 1,5° C. Tiefste Nachttemperatur + 1,5° C.) Feuchtigkeit des Luft nach Lambrechts Polymeter 49%. Taupunkt - 6,5° C. Windrichtung: Südost. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 3,5 mm. Daher Witterungsansichten für den 1. März: Wechselnde Bewölkung bis halbtäglich.

Waldenburg, 29. Februar 1908.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Der Kaiser besuchte am Freitag den Reichskanzler. Zur Berliner Kunstgewerbemuseum besichtigte der Kaiser Verbleibungen altbyzantinischer Gemälde aus dem 11. und 12. Jahrhundert, die in einer Höhle des Salmosgebirges entdeckt wurden.

Die kirchliche Trauung des Fürsten von Bulgarien und der Prinzessin Eleonore von Neuchâtel hat bereits am Freitag, als am Geburtsstage des Fürsten, in der katholischen Kirche in Koburg stattgefunden. Die Braut trug ein weißes Kleid und einen mit Hermelin besetzten Mantel und Hut mit langem Schleier. Der Geistliche sprach über die Stelle des Bräutigams Pauli an die Epheser: „Der Mensch soll Vater und Mutter verlassen.“ Nachmittags trafen die Vermählten in Gera ein.

Der Senat der Universität München hat der „Ausg. Postz.“ zufolge dem gegen den Prof. Schnitzer ausgesprochenen Prof. Vandenhever eine Rüge erteilt. Prof. Vandenhever soll sich an das Ministerium gewandt haben.

Der frühere preussische Generalstabschef Generaloberst Graf Schlieffen beging am Freitag seinen 75. Geburtstag. Der Kaiser gratulierte in herzlichster Weise unter Anerkennung der hervorragenden Verdienste Schlieffens. 15 Jahre, bis zum 1. Januar 1906, hat Graf Schlieffen dem Generalstabe vorgestanden.

Ein fast unverhoffter Sieg war es, den der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident Fürst Bülow nach zweitägiger Schlacht im preussischen Herrenhause davontrug. Die Mehrzahl der Redner aus dem Hause sprach sich gegen die Enteignung aus; die Mehrheit der Redner aber ist im preussischen Herrenhause nicht gleichbedeutend mit der Mehrheit der Parteien. Daher kam es, daß man während der Verhandlungen von Stunde zu Stunde tiefer den Eindruck gewann, daß die Enteignungsvorlage der Ablehnung verfallen sei. Einige Blätter erörterten bereits die Eventualität eines Parteischubens, also die Berufung so vieler regierungsfreundlicher Herrenhausmitglieder, wie zur Herbeiführung einer Mehrheit für die Vorlage erforderlich sein würden. Aber es kam anders, als man es sich vielfach gedacht hatte. Die Enteignung fand wider Erwarten eine Mehrheit; keine besonders stattliche, aber immerhin noch eine größere, als man selbst in optimistischen Kreisen vorausgesehen hatte. Daß die Vorlage noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückgehen muß, da das Votum des Herrenhauses die zu kirchlichen und Wohltätigkeitsstiftungen gehörigen Vändereien von der Enteignung ausschließt, will nichts sagen. Das Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf auch mit dieser kleinen Einschränkung ungewissheit an. Bemerkenswerter ist der Umstand, daß auch Fürst Bülow nur von der Möglichkeit der Enteignung sprach, mit dem Wunsche, daß es bei der Möglichkeit bleiben möge. Von ihrem Enteignungsrecht polnischen Grundbesitzes in den Ostmarken wird die Regierung also gar nicht oder doch nur in den äußersten Fällen Gebrauch machen. Wichtiger und ernster noch ist die Tatsache, daß unter den 111 Gegnern der Vorlage im preussischen Herrenhause sich gerade die klangvollsten Namen und diejenigen Personen des preussischen Hochadels befinden, auf deren Unterstützung in allen nationalen Fragen die Regierung mit unbedingter Sicherheit rechnen zu können gewohnt ist. Zu den Mitgliedern, die die Enteignung in jeder Gestalt ablehnten, gehören: Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der Bruder unserer Kaiserin, der frühere Minister Lucius von Walhausen, der frühere Staatssekretär Admiral v. Hollmann, v. Wanteuffel, der Präsident des Herrenhauses, auch Graf Ballestrin, der frühere Reichstagspräsident, die Herzöge von Ratibor und von Trachenberg, Fürst Pleß, alle fünf Schulenburgs, zwei Bentheims, Generalfeldmarschall Graf Hülfer u. a.

Die Budgetkommission des Reichstags beschäftigt sich

noch immer mit dem Etat für Deutschostafrika und jetzt die Beratung darüber am kommenden Dienstag fort. Außer der Frage der in dem deutschen Schutzgebiete herrschenden afrikanischen Währung wurde namentlich das Schulwesen erörtert. Es wurde dazu eine Resolution angenommen, welche verlangt, daß die Schule für Kinder von Europäern in Dar-es-Salaam unverzüglich wieder eröffnet und dauernd erhalten werde. Staatssekretär Dernburg, sowie Gouverneur v. Rechenberg erklärten in der Debatte, daß sei auch der Wunsch der Regierung. Die Kinder ertrügen jedoch das Klima in Sansibar nicht, so daß die Schule viel leer liege. Jedes deutsche Kind in Sansibar koste dem Reiche 2000 M. an Schulgeld.

In der Kommission für das Reichsvereinsgesetz gab Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg Erklärungen über die Stellung der Regierung zu den zum § 7 vorliegenden Änderungsanträgen ab. Der Staatssekretär wandte sich besonders gegen die Zumutung des polnischen Antrages, wonach jede Sprache, die einem Reichsangehörigen als Muttersprache diene, auch als deutsche Sprache zu behandeln sei. Der deutsche Staat sei kein Nationalstaat. Bei den deutschen Gerichten, Parlamenten, Gemeinde-Körperschaften sei allein die deutsche Sprache zulässig. Auch in Oesterreich gelte nur die als Amtssprache zugelassene Sprache als Versammlungssprache. In Frankreich könne der Ministerrat nach einem anstandslos gefaßten Beschlusse der Deputiertenkammer jede in nichtfranzösischer Sprache erscheinende Zeitung verbieten. Der § 7 will auch nur Ausnahmen treffen, und das ist notwendig. Die Schulverhältnisse in Polen sind schlecht; allein wenn den Kindern polnischer Eltern nicht von vornherein ein Abscheu vor dem Deutschtum beigebracht würde, so stände es mit der Zweisprachigkeit in diesen Provinzen besser. Im vergangenen Jahre wurden 17.000 Versammlungen in polnischer Sprache abgehalten, davon allein 3500 im Regierungsbezirk Arnberg. Da reicht die Zahl qualifizierter Beamten zur Ueberwachung nicht aus, zumal die polnische Sprache auch noch zahlreiche Dialekte aufweist. Deshalb ist auch der freisinnige Antrag, polnische Anmelde dreimal 24 Stunden vor Abhaltung der Versammlung, nicht ausreichend. Regelt die Reichsgesetzgebung die Angelegenheit nicht, so werden es die Einzelstaaten tun. In der Debatte sprachen sich verschiedene Redner der Rechten für die Vorlage aus, Fürst Ratziwill (Pole) bekämpfte sie selbstverständlich, und auch der Abg. Träger erklärte, daß der § 7 in der Regierungsfassung für die Freisinnigen unannehmbar sei. Die süddeutschen Bundesstaaten legen Wert darauf, daß Freiheiten ihrer Landesgesetze über das Vereinswesen durch dessen reichsgesetzliche Regelung nicht beeinträchtigt werden.

Gegenüber abweichenden Meldungen stellt die „Nordd. Allg. Ztg.“ amtlich fest: Der im Einvernehmen mit der preussischen Regierung im Reichsamte des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf über Arbeitskammern ist unterm 1. Februar 1908 im Bundesrat eingebracht und gleichzeitig allen verbündeten Regierungen zugegangen. Keiner der Bundesregierungen ist der Entwurf früher als zu diesem Zeitpunkt mitgeteilt worden. Nach erfolgter Mitteilung wurde der Entwurf am 4. Februar im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

#### Italien.

Die Politik soll den Charakter verlieren. Beispiele hat Wien bereits reichlich geliefert. Zur Abwechslung kommt Rom an die Reihe. Dort gerieten der 60jährige Abgeordnete Mirabelli und der 70jährige Senator Pierantoni in Meinungsverschiedenheiten, die zur Prügelei ausarteten. Der Senator, ein Mann von herkulischem Körperbau, verfestete seinem Gegner eine Ohrfeige und dieser rief ihm dafür die eine Hälfte des Backenbarts weg. In höchster Wut verprügelte der Siebzehnjährige den anderen jämmerlich. Auch Herbeilebende, die die beiden trennten, bekamen manchen Zeh ab. Sonderbarerweise war der kampflustige Senator Italiens Vertreter auf der — Friedenskonferenz. Der Prügelei folgte noch ein Zweikampf mit Waffen.

Man muß schon bis in die heute ziemlich weit zurückliegenden Reichstags-Debatten über das längst verflorenen Sozialistengesetz gehen, um eine solche Bewegung und Erregung wiederzufinden, wie sie in der Verhandlung über die Enteignungsvorlage von polnischem Grundbesitz in Posen und Westpreußen im preussischen Herrenhause bestanden hat. Neuerlich gab es ja den Spektakel nicht, der bei den Erörterungen über das Sozialisten-Ausnahmengesetz laut wurde, aber die Spannung war die gleiche. Und es scheint, als ob dem sogenannten polnischen Edelmut doch reichlich mehr zugestanden worden wäre, als er verdient. Eine Sonderbestimmung, wie sie das Enteignungsgesetz darstellt, ist nie eine Kleinigkeit, aber etwas Hartes kann man recht gut noch erträglich finden, wenn damit Härterem vorgebeugt werden soll. Und was man nicht für alle Ewigkeit bestehen lassen will, das kann man in seiner Geltungs-Dauer ja begrenzen!

Es gibt wohl kaum einen anderen Volksstamm, der in politischer Beziehung so viel gute internationale und einflussreiche Freunde hat, wie der der Polen. Daß sie dafür die Deutschen mit ihrem ganz besonderen Hass beehren, namentlich auch, seitdem als ein festes Bollwerk des Deutschtums das Deutsche Reich wieder errichtet worden ist, hat seinen guten Grund: Die Deutschen sind die intelligentesten Gegner der Polen; das ist's, was sie nicht verwinden können! Das einstige Königreich Polen ist seiner Zeit unter Rußland, Oesterreich und Preußen geteilt, und die Polen haben es in Rußland und auch in Oesterreich Jahrzehnte lang weit schlimmer, als in Preußen gehabt. In Wien sind sie seit der unglückseligen Nationalitäten-Politik des Ministeriums Taaffe „liebes Kind“ geworden, so sehr, daß einer der Abgeordneten, freilich nur ein knappes Jahr, österreichischer Ministerpräsident wurde. Das war der „Staatsrechtler“ Graf Vadenti. Neuerdings versuchen sich die Polen nun auch in Petersburg anzuschmeicheln, nur zu dem Zweck, um besser auf Deutschland loszugehen zu können. In Paris halten sie von je einen großen Stein im Brett, und die französischen Schriftsteller und Aristokraten schwärmen stets für das Polentum. Da ist es denn nicht eben schwer, eine gehörige Attacke gegen die deutsche Polen-Politik loszulassen. Daß andere Staaten ganz bedeutend schärfere Maßnahmen gegen renitente Bevölkerungsstellen ergreifen haben, ohne sich gegen zu besinnen, das wird kurzer Hand vergessen. Mag das im Auslande geschehen, aber Deutschland, welches die Polen in ihrem fanatischen Hass gegen alles Deutsche kennt, darf für seinen Teil nicht vergessen!

Die Enteignungsvorlage für die Gebiete polnischer Zunge ist ein preussisches Gesetz, aber die ganze Polen-Angelegenheit ist eine deutsche. Die letzten, durchaus nicht immer mehr verheßten Pläne der Polen auf Wiedergewinnung ihrer alten politischen Selbständigkeit sind nur nach der Verwirklichung des Deutschen Reiches zu verwirklichen, und diesem letzteren Schwierigkeiten und Verdrießlichkeiten zu bereiten, ist stets die eifrige polnische Arbeit gewesen. Manche politische Intrigue ist von dieser Seite her eingefädelt, und ganze polnische Frauenhände haben es erfolgreich verstanden, einflußreichen fürstlichen Damenfingern das Netz anzuhängen, das über Deutschlands Gebiete geworfen werden sollte. Hinterher hat es ja stets geheißen: „Das ist nicht wahr!“ Aber Fürst Bismarck wußte, was er tat, wenn er den Polen einfach gerade heraus in öffentlicher Parlamentsitzung sagte: „Was Sie treiben, ist Hochverrat!“ Deutschland kann viele und weitgehende Rücksichten üben, aber es darf diese nicht so weit treiben, daß es Pläne gegen sein Staatswohl auf sich beruhen läßt. Wir wollen nur wünschen, daß diese polnische Sache nicht noch einen breiteren Raum in der Reichspolitik gewinnt, als es heute schon der Fall ist. Dann wäre Deutschland wirklich über den Haufen, dann müßte seinen verantwortlichen Staatsmännern mit Recht der Vorwurf gemacht werden, den Polen zu viel vertraut, aber ihre Agitation zu wenig gewürdigt zu haben.